

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 1

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 **Betr.:** Für die lernende Gesellschaft – 13 Thesen liberaler
2 Bildungspolitik

3
4
5 **Antragsteller:** Bundesvorstand

6
7
8 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

9
10 Bildung entscheidet über individuelle Lebenschancen – in der Zukunft mehr denn je. Deshalb
11 gilt für Liberale unverändert Ralf Dahrendorfs Wort von „Bildung als Bürgerrecht“: Bildung ist
12 die Voraussetzung dafür, dass jeder die Möglichkeiten der offenen Gesellschaft im eigenen
13 Interesse und zum Nutzen aller realisieren kann.

14
15 Liberale arbeiten deshalb für faire Bildungschancen und ein im Alltag leistungsfähiges
16 Bildungssystem. Wir wollen Kindern und Jugendlichen die Werte unserer Gesellschaft,
17 Demokratie, Lebenstüchtigkeit im Alltag, Qualifikationen für ihr Berufsleben und den
18 emanzipierten Umgang mit kulturellen Gütern vermitteln. Unser Anspruch ist, ihnen die
19 Möglichkeit zu geben, alle ihre Talente unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu entfalten
20 und sie zu individueller Leistung wie zu gesellschaftlicher Verantwortung zu motivieren. Egal
21 ob Handwerker, Meister, Facharbeiter oder Akademiker – alle Abschlüsse haben für uns den
22 gleichen Wert. Wir arbeiten für die Eltern, die ein auch im Alltag verlässliches und qualitativ
23 hochwertiges Bildungssystem fordern, das ihren Kindern vielfältige Aufstiegsoptionen für die
24 Zukunft eröffnet. Weil keine Bildungsbiographie wie die andere ist, wird unsere Bildungspolitik
25 von der Kindertagesstätte über die Schule bis zur Hochschule von den Prinzipien der
26 Wahlfreiheit und der Individualität geprägt. Wir wollen individuelle und passgenaue Angebote,
27 die so vielfältig sind wie unsere Kinder und Jugendlichen. Die FDP ist Partner der Erzieher,
28 Lehrer und Hochschullehrer, die für ihre Förderung und Forderung junger Talente mehr
29 Respekt verdienen. Wir unterstützen die Kommunen dabei, auch in Zeiten des
30 demographischen und gesellschaftlichen Wandels leistungsfähige regionale
31 Bildungslandschaften zu erhalten.

32
33 Wir wollen Deutschland als lernende Gesellschaft gestalten, die im internationalen
34 Wettbewerb besteht. Deshalb legen wir nachfolgende 13 Thesen zu den drängenden
35 Herausforderungen des Bildungssystems und zu den Prinzipien liberaler Bildungspolitik vor.

36
37 **These 1:**
38 **Das Bildungssystem ist im Wandel.**

39
40 Von unserem Ideal einer lernenden Gesellschaft trennt Deutschland noch zu viel. In kaum
41 einem anderen europäischen Land hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen
42 Herkunft ab wie bei uns. Die Durchlässigkeit des Schulsystems ist unbefriedigend.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 2

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sind durch Vorschriften und Bürokratie
2 gefesselt, Kreativität und Dynamik bleiben auf der Strecke. Auf das Leben in einer
3 veränderten Zukunft bereiten die Schulen unsere Kinder und Jugendliche nicht ausreichend
4 vor. Vielerorts sind Bildungseinrichtungen in einem bedenklichen baulichen Zustand.
5 Lebenslanges Lernen wird vor allem in Sonntagsreden beschworen.

6
7 Gleichzeitig beobachten wir aber auch, dass sich unsere Gesellschaft wandelt: durch den
8 Übergang zu einer Wissensgesellschaft, die Globalisierung, digitale Medien, den
9 demographischen Wandel und veränderte Arbeitsmärkte. All dies verändert auch die
10 Erwartungen an unser Bildungssystem: Das Qualitätsbewusstsein vieler Eltern und der
11 Gesellschaft insgesamt steigt. Der Gestaltungswille von Erziehern und Lehrern nimmt zu.
12 Private Bildungseinrichtungen erfahren eine erhöhte Nachfrage und stellen sich gemeinsam
13 mit öffentlichen Bildungseinrichtungen dem Wettbewerb um die besten pädagogischen
14 Konzepte. Gemeinsame Standards und berufliche Mobilität werden immer häufiger
15 eingefordert. Die FDP begrüßt diese Wandlungsprozesse.

16
17 Die Richtung dieser Veränderungen ist noch nicht abschließend klar. Wir als Bildungspartei
18 wollen diesen Wandlungsprozess durch gute Rahmenbedingungen und
19 Entfaltungsmöglichkeiten begleiten. Wir setzen dabei auf die Kreativität und Verantwortung
20 der Menschen, um immer neue Antworten auf immer neue bildungspolitische
21 Herausforderungen einer dynamischen Gesellschaft zu finden. Liberale wissen, dass sich
22 Dynamik nicht durch Reformen erreichen lässt, die den Stempel grüner Tische tragen.

23

These 2:

24 **Bildung ist Bürgerrecht – aber auch Bürgerverantwortung.**

25

26
27 In einer Wissensgesellschaft sind faire Bildungschancen der Schlüssel zu Teilhabe, Freiheit
28 und Wohlstand. Wir wollen jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft eine
29 faire Chance auf die individuell angemessene Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und der
30 eigenen Talente eröffnen.

31

32 Wir wissen aber auch, dass Chancen keine Garantien sind. Von individueller Anstrengung,
33 Leistungsfreude, Selbstdisziplin und der Bereitschaft, im Laufe des Lebens Verantwortung für
34 die eigene Aus- und Weiterbildung zu übernehmen, können und dürfen Gesellschaft und Staat
35 den Einzelnen nicht entlasten. Liberale trennen nicht zwischen Fördern und Fordern, denn
36 beide Aspekte gehören zur Persönlichkeitsentwicklung.

37

These 3:

38 **Deutschland braucht eine neue Bildungsverfassung - mit Subsidiarität.**

39

40
41 Das Bildungswesen in Deutschland krankt an zu geringen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort
42 und zu viel zentraler Bildungsverwaltung. Die starke Bürokratisierung hat noch nicht einmal zu

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 3

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 Vergleichbarkeit und klaren Standards geführt, sondern zu Überkomplexität und vielfältigen
2 Alltagsproblemen, weil 16 Bildungsbükratien in einem unkoordinierten Wettbewerb stehen.
3 Deshalb arbeitet die FDP für eine neue Verfassung, die auf dem Subsidiaritätsprinzip
4 aufbaut: So viel Verantwortung vor Ort wie möglich, dabei aber so viel Koordination und
5 Kooperation zwischen den Ländern wie nötig, um Lernenden und Lehrenden das Leben zu
6 erleichtern.

7
8 63 Prozent der deutschen Lehrer wünschen sich mehr Gestaltungsfreiheit. Dieser
9 Gestaltungswille und diese Kreativität werden aber bislang vom staatsorientierten
10 Bildungsdenken gebremst. Wir wollen dieses Engagement, diese Kreativität in den Dienst der
11 Qualität stellen. Deshalb setzt die FDP auf eine Ordnungspolitik für ein freiheitliches
12 Bildungswesen. Die FDP fordert dafür Schul- und Hochschulfreiheitsgesetze in jedem
13 Bundesland und mehr Freiheiten für die Kindertagesstätten. Dabei setzen und beaufsichtigen
14 die Länder die Bildungsqualität, sie sichern allen faire Zugangschancen und stellen die
15 Finanzierung sicher. Innerhalb dieses staatlichen Qualitätsrahmens wissen aber die
16 Beteiligten und Verantwortlichen vor Ort in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen am
17 besten, wie sie gute Ergebnisse erzielen können. Einzelentscheidungen zu Personal, Finanzen,
18 Sachausstattung und inhaltlichem Profil können dezentral im Wettbewerb der Ideen getroffen
19 werden. Zur Stärkung der Bildungsfreiheit sollten öffentliche Mittel den Einrichtungen
20 perspektivisch als Globalbudget ohne Trennung von Personal- und Sachmitteln zur Verfügung
21 gestellt werden. Transparenz über Methoden und Ergebnisse - durch Rankings oder
22 Gütesiegel - stärkt die Wahlfreiheit für Eltern und Studierende. Wir wollen insbesondere
23 Schulfördervereine stärken, die so perspektivisch in die Trägerschaft von Schulen wachsen
24 können. Unser schulpolitisches Ideal ist diese „Bürgerschule“.

25
26 Die FDP steht zum Föderalismus, der die Kultushoheit in die Hände der Länder legt. Ihr
27 Wettbewerb und der Vergleich ihrer Ergebnisse schafft Innovation - und begrenzt auch die
28 Reichweite von Fehlschlägen. Aber Ländergrenzen dürfen keine Bildungsbarrieren sein.
29 Deshalb fordert die FDP eine neue Kooperationskultur: Wir wollen die Geschwindigkeit bei der
30 koordinierten Umsetzung von Bildungsstandards und Anerkennungsverfahren - insbesondere
31 in der Lehrerbildung - erhöhen, den Umzug von Schülern und Lehrern zwischen den
32 Bundesländern und die Anerkennung von Leistungen erleichtern und somit für mehr
33 Bildungsmobilität in Deutschland sorgen. Mit der starren und inflexiblen
34 Kultusministerkonferenz stehen sich die Bundesländer selbst im Weg.

35
36
37
38
39
40
41
42

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 4

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

<u>Alternative 1</u>	<u>Alternative 2</u>
<p>Die FDP will die „Ständige Konferenz der Kultusminister“ (KMK) deshalb durch eine schlanke Bildungskonferenz der Ländern unter Mitwirkung des Bundes ersetzen. Vorbild ist die schon bestehende Gemeinsame Wissenschaftskonferenz.</p>	<p>Die FDP will die „Ständige Konferenz der Kultusminister“ (KMK) durch die eine schlanke Bildungskonferenz der Länder ersetzen.</p>
<p>Um den Entscheidungsstau aufzulösen, sollte bei beiden Konferenzen vom Einstimmigkeitsprinzip zum Mehrheitsprinzip gewechselt werden, sofern keine Finanzfragen berührt sind. Durch das Einstimmigkeitsprinzip bestimmt zu lange schon der jeweils langsamste Tanker das Tempo des gesamten Konvois.</p>	<p>Das Sekretariat der KMK wird in der Folge aufgelöst.</p>
<p>Nach dem erfolgreichen Beispiel des Wissenschaftsrates im Hochschulbereich sollten auch im Elementar- und Schulbereich unabhängige Experten und Praktiker in einem Bildungsrat bei Entscheidungen gehört werden.</p>	

These 4:

Bildung beginnt vor der Einschulung.

Bildung beginnt nicht mit dem ersten Schultag, sondern bereits mit der Geburt. In den ersten sechs Lebensjahren sind Kinder besonders wissbegierig und lernfähig, ihre Erfahrungen in diesem Zeitraum prägen sie für ihr Leben. Die Familie ist folglich der erste, am längsten und stärksten wirkende Bildungsort von Kindern – und in den ersten Lebensjahren der wichtigste.

Die meisten Eltern nehmen ihre Verantwortung wahr. Sie verdienen dafür besondere Anerkennung und bestmögliche Rahmenbedingungen. In einer wachsenden Zahl von Familien in allen Schichten fühlen sich Eltern aber überfordert. Kinder werden mitunter nicht

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 5

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 ausreichend gefördert. Diese Situation stellt auch Erzieher und Lehrer vor neue
2 Herausforderungen. Um faire Startchancen für alle Kinder zu schaffen, müssen Eltern in ihrer
3 Bildungs- und Erziehungsaufgabe gestärkt werden. Liberale wollen Familien unterstützen –
4 und nicht bevormunden oder gar durch den Staat ersetzen. Kindertagesstätten – und später
5 Grundschulen – müssen sich zu Familienzentren entwickeln, die als Knotenpunkte des
6 sozialen Netzes bedürftige Eltern durch Erziehungs- und Integrationskurse, Rat in
7 Lebensfragen und den Kontakt zu anderen sozialen Einrichtungen unbürokratisch stärken.
8 Auch das Angebot von Elternlotsen und Familienhebammen, die bedürftige Familien
9 aufsuchen, begrüßen wir.

10

11 Kindertageseinrichtungen sind heute nicht mehr nur Betreuungseinrichtungen, sondern Orte
12 frühkindlicher Bildung. Investitionen in den Elementarbereich haben die höchste
13 gesellschaftliche Rendite. Der Bildungsauftrag des Elementarbereichs – Schulfähigkeit,
14 Sprache und Gesundheitsprävention – muss präzisiert und in der Praxis gelebt werden. Für
15 eine Qualitätsoffensive setzt die FDP auf die Verbesserung der Aus- und Fortbildung der
16 Erzieher. Die Leitungsfunktion einer Einrichtung sollte zudem an einen pädagogischen
17 Hochschulabschluss gebunden werden – wie fast überall in Europa.

18

19 Wir werben außerdem dafür, dass Kindertagesstätten und Schulen bereits vor der
20 Einschulung enger zusammenarbeiten. Deshalb begrüßt die FDP lernortübergreifende
21 Bildungspläne und die enge Kooperation während der Einschulungsphase, damit für die
22 weitere Entwicklung des Kindes wichtiges Wissen nicht verloren geht.

23

These 5:

25 **Gute Bildung setzt auf Qualität und Vielfalt statt auf Strukturdebatten.**

26

27 Für die Qualität von Bildung geben Menschen den Ausschlag: motivierte und qualifizierte
28 Lehrpersonen, konzentrationsfähige Kinder, Schüler und Studierende – und während der
29 Kindheit und Jugend engagierte Eltern.

30

31 Über den Unterrichtserfolg entscheiden die Fähigkeiten der Lehrer. Deshalb wollen wir
32 Leistung in pädagogischen Berufen honorieren und Qualifikation ausbauen. Insbesondere im
33 schulischen Bereich muss die Ausbildung der Lehrkräfte durch höhere Praxisanteile
34 verbessert werden. Die Voraussetzung optimaler individueller Förderung sind
35 Diagnostikkenntnisse, die in Aus- und Weiterbildung stärker vermittelt werden müssen. Die
36 FDP fordert, dass die Hochschulen die Lehrerausbildung nicht als Nebenaufgabe ihrer
37 Fakultäten verstehen, sondern wesentlich stärker als bisher als Teil ihrer Exzellenz begreifen.
38 Einige Bundesländer – gerade unter Verantwortung der FDP – und einzelne Hochschulen
39 haben bereits Reformen des Lehramtsstudiums durchgeführt, die Vorbildcharakter haben.
40 Diesen Weg wollen wir weitergehen. Der zweite Hebel zur Steigerung der Unterrichtsqualität
41 ist die konsequente Fortbildung des bestehenden Lehrpersonals. Ein Punktesystem für
42 Fortbildungen könnte die Grundlage für Leistungszulagen und Beförderungen werden. Und

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 6

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 spätestens alle zehn Jahre sollten Lehrer ein Freisemester lang an die Hochschulen
2 zurückkehren, um neue Methoden aufzunehmen und Lehramtsstudierenden Einblicke in ihre
3 Praxis zu geben.

4
5 Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, dass bedarfsorientiert auch andere Berufe wie
6 Sozialpädagogen, Schulärzte, Mediatoren oder Schulpsychologen an Schulen eingebunden
7 werden können, damit sich die Lehrkräfte intensiver und besser auf die Vermittlung von
8 Wissen, Werten und Methoden im Unterricht konzentrieren können.

9
10 Gute Bildung fordert starke Eltern. Ihre Unterstützung bei der Wahrnehmung ihres Bildungs-
11 und Erziehungsauftrages ist daher ebenfalls ein liberales Kernanliegen. Um ihren Einsatz und
12 das Verhältnis zu den Lehrkräften zu verbessern, begrüßen wir Bildungs- und
13 Erziehungsverträge, in denen sich Eltern, Kinder und Jugendliche sowie die jeweilige
14 Bildungseinrichtung partnerschaftlich auf gemeinsame Grundsätze und Ziele sowie
15 wechselseitige Pflichten verständigen.

16
17 Die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen ist für Liberale die entscheidende
18 Herausforderung, um kein Talent zu verlieren. Das setzt gut ausgebildete Lehrer mit guten
19 Diagnostikkenntnissen sowie genug Raum und Zeit voraus, um individuell auf einzelne
20 Schülerinnen und Schüler eingehen zu können. Für eine passgenaue Förderung müssen
21 unsere Bildungsinstitutionen aber auch insgesamt flexibler und offener werden. Die
22 Modularisierung zum Beispiel von Berufsabschlüssen kann Jugendlichen eine schrittweise
23 Qualifikation ermöglichen.

24
25 Das Beziehungsdreieck zwischen Kindern, Eltern und Lehrern wollen Liberale durch konkrete
26 Maßnahmen stärken statt die Kraft des Bildungswesens durch Strukturdebatten zu
27 verschleißen. Liberale in Verantwortung in den Ländern haben pragmatisch auf den
28 demographischen Wandel reagiert. Statt eines ideologisch begründeten Totalumbaus unserer
29 Schulen hin zur "Einheitsschule für alle" setzen wir wie in Hessen, Bayern, Niedersachsen und
30 Baden-Württemberg auf alltagstaugliche von unten wachsende Lösungen, die die jeweilige
31 Situation vor Ort berücksichtigen. Diese Länder organisieren die berufsbezogenen
32 Bildungsgänge in einer zweiten Säule neben dem Gymnasium entweder gegliedert in Haupt-
33 und Realzweig oder im Verbund.

34
35 **These 6:**
36 **Spitzenförderung und Breitenförderung sind gleichberechtigte Bildungsziele.**

37
38 Deutschland braucht ein Bildungssystem, das in der Breite und in der Spitze gleichermaßen
39 fördert. Schon für Ralf Dahrendorf war „Bildung als Bürgerrecht“ der Fußboden der
40 Gesellschaft, auf dem alle stehen – aber er hat keine Deckenbegrenzung gefordert. Leistung
41 und Gerechtigkeit sind kein Widerspruch – sie müssen in Balance stehen: Weil Liberale jedem

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 7

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 Menschen gerecht werden wollen, fördern wir die Bereitschaft eines jeden, etwas aus sich zu
2 machen. Das schließt das Bekenntnis zur Leistungselite für uns ausdrücklich ein.

3
4 Die Realität aber ist: Der Weg in die dauerhafte Abhängigkeit von staatlichen Leistungen ist
5 für große Teile eines Hauptschuljahrgangs vorgezeichnet. Rund 70.000 Schulabgänger
6 bleiben ganz ohne Abschluss. Die Konsequenz muss eine systematische Förderung der
7 Leistungsschwächsten sein. Erfolgreiche Praxisbeispiele zeigen, dass diesen Kindern durch
8 Patensysteme und durch intensive Zuwendung in fachlicher wie erzieherischer Hinsicht zu
9 besseren Chancen verholfen werden kann. Anspruch der FDP ist auch, dass in der
10 schulischen Ausbildung verstärkt ein Fokus auf die Erlangung der Ausbildungsfähigkeit gelegt
11 wird. In den berufsorientierten Schulformen muss es dazu rechtzeitig eine konkrete
12 Berufsorientierung geben. Außerdem brauchen wir mehr Projekte, die Schule, erzieherische
13 Jugendhilfe und betriebliche Praxis verbinden. Jugendliche müssen erfahren, dass sie etwas
14 können und gebraucht werden.

15
16 Die optimale Entfaltung eines jeden ist Teil einer differenzierten Bildungslandschaft. Die
17 Freien Demokraten wollen dafür das Gymnasium stärken. Der Charakter des Gymnasiums als
18 Vorbereitung auf eine Hochschulausbildung soll ausdrücklich betont werden, auch wenn die
19 Gruppe der Gymnasiasten gewachsen ist, die keine akademische Ausbildung anstrebt. Die
20 sich in Folge der höheren Übergangsquote heute stärker als früher unterscheidenden
21 Bedürfnisse und Leistungsvermögen der Schüler machen eine Weiterentwicklung der
22 Förderbedingungen am Gymnasium erforderlich. Überschaubare Klassengrößen,
23 Ganztagschulen, die Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben zu Gunsten von
24 Einzelförderung und die Individualisierung der gymnasialen Schullaufbahn – durch den
25 Wechsel in eine andere Jahrgangsstufe, die nur fachbezogene Teilnahme am Unterricht
26 höherer Klassen oder das fachbezogene Frühstudium statt Fachunterricht – sind geeignete
27 Mittel.

28
29 Für Studierende führt die Koalition auf Initiative der FDP ein „Deutschlandstipendium“ ein: Es
30 fördert die leistungsstärksten Studenten mit monatlich 300 Euro – unabhängig vom
31 Einkommen. Wir wollen mit dem Deutschlandstipendium eine Stipendienkultur auf
32 internationalem Niveau erreichen und mittelfristig dafür sorgen, dass der Anteil der
33 Studierenden mit Stipendium verfünffacht wird. Die FDP fordert die Bundesregierung auf, den
34 Ausbau des Programms und seine Bekanntheit zu forcieren. Im Bildungsetat bislang nicht
35 verwendete Mittel sollten zu diesem Zweck umgewidmet werden.

36
37 **These 7:**
38 **Ohne verstärkte Integration droht Deutschland ein „Bildungsabstieg“.**

39
40 Deutschland war und ist ein Einwanderungsland. Angesichts des demographischen Wandels
41 werden wir zukünftig noch mehr auf Zuwanderung angewiesen sein. Durch diese zwei
42 Entwicklungen wird sich langfristig die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ändern.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 8

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen werden insbesondere in den Ballungsräumen
2 mit großen Herausforderungen konfrontiert, weil hier bereits in wenigen Jahren Kinder und
3 Jugendliche mit Migrationshintergrund in jedem Jahrgang die Mehrheit von 50 bis 70 Prozent
4 bilden werden. Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen gegenwärtig noch mehr als
5 doppelt so häufig die Schule ohne Abschluss. Auch der Übergang von der Schule in die
6 Berufsausbildung gestaltet sich für sie besonders schwierig und langwierig. Hier liegt deshalb
7 die gesellschafts- und bildungspolitische Schlüsselaufgabe der kommenden Jahre. Führende
8 Pädagogen warnen bereits vor einem „Bildungsabstieg“ Deutschlands, der ohne verstärkte
9 Bemühungen drohe. Wenn wir unsere Anstrengungen zu Integration aber verbessern, dann
10 erschließt sich in Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein neues Potenzial zur
11 Bekämpfung des Fachkräftemangels und zur kulturellen Bereicherung unseres Landes.

12
13 Die deutsche Sprache ist und bleibt der Schlüssel zur Integration in Bildung und Arbeit und
14 damit in die Gesellschaft. Ihre frühzeitige Vermittlung muss intensiviert werden. Damit Kinder
15 unabhängig von ihrer Herkunft und Kultur erfolgreich in die Schule starten können, gilt es,
16 sprachliche Defizite durch Sprachtests bereits in der Kindertagesstätte festzustellen – und
17 die Kinder durch gezielte Förderung zu unterstützen. Auch während der Schulzeit fordert die
18 FDP eine fortlaufende Entwicklungsdiagnostik, um bei Defiziten rechtzeitig helfen zu können.
19 Dafür ist zusätzliche Lernzeit nötig, wie sie nur Ganztageeinrichtungen bieten können.

20
21 Die sprachliche Förderung darf aber nicht in der Schule enden, spezielle Fördermaßnahmen
22 zur Stärkung der Sprach- und Lesefähigkeit sollten auch in der Berufsausbildung von
23 Jugendlichen und Erwachsenen eine größere Rolle spielen. Denn die Anforderungen der Aus-
24 und Arbeitsplätze an die sprachlichen Fähigkeiten werden in den nächsten Jahren
25 kontinuierlich ansteigen.

26
27 Darüber hinaus sind zur Integration sowie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs verbesserte
28 Möglichkeiten der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und
29 beruflichen Qualifikationen notwendig. Die FDP hat innerhalb der schwarz-gelben
30 Bundesregierung deswegen auf ein Anerkennungsgesetz gedrängt, das eine erste Grundlage
31 für die Bewertung von im Ausland erworbenen Abschlüssen schafft.

32
33 **These 8:**
34 **Die digitale Durchdringung des Alltags ist zugleich bildungspolitische Chance und**
35 **Herausforderung.**

36
37 Digitale Medien durchdringen unseren Alltag. Sie verändern die Art der persönlichen
38 Kommunikation, den Arbeitsplatz und das Freizeitverhalten. Ein fehlender Zugang zu Online-
39 Medien wäre deshalb eine neue soziale Barriere, die wir verhindern wollen.

40
41 Für den Zugang zu Wissen und dessen immer schnellere Zunahme müssen Kinder und
42 Jugendliche befähigt werden. Die Kompetenz im Umgang mit Neuen Medien umfasst nicht nur

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 9

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 ihre technische Nutzung und den Umgang mit Informationen, sondern auch ihre kritische
2 Reflexion und die Aufklärung über Risiken wie den Verlust der Privatheit, Datenmissbrauch,
3 Urheberrechtsverletzungen, Mobbing oder Abzocke durch versteckte Kosten. Die FDP will
4 deshalb die Vermittlung von Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe stärken. Dabei
5 setzen wir zuerst auf die Qualifikation von Lehrern und Eltern.

6
7 Digitale Medien sind aber nicht nur Inhalt von Bildung. Sie bieten auch nach wie vor
8 ungenutzte Chancen, Lernprozesse und Wissensvermittlung neu zu organisieren.
9 Kommerzielle Anbieter von kinder- oder erwachsenengerechter Software für wertvolles
10 individuelles oder spielerisches Lernen zeigen bereits heute Potenziale auf. Die FDP
11 befürwortet es, wenn diese das herkömmliche Methodenrepertoire in Bildungseinrichtungen
12 perspektivisch ergänzen. Wir fordern daher eine Strategie für das digitale Lernen an Schulen
13 und Hochschulen, die neue Hardware, Software und vor allem die methodische
14 Weiterqualifikation von Lehrkräften umfassen muss.

15

16 **These 9:**

17 **Eine Exportnation rüstet sich für den globalen Wettbewerb durch Sprache.**

18

19 Die sichere Beherrschung der deutschen Sprache ist die Voraussetzung für das
20 Zusammenleben in unserem Land und die Pflege unserer Kultur. Globale Wirtschafts- und
21 Wissenschaftssprache ist indes die englische Sprache. Sie gewinnt in einer Exportnation
22 damit für jeden Einzelnen an Bedeutung. Damit ist keine Geringschätzung anderer
23 Fremdsprachen wie etwa Französisch, Polnisch oder Spanisch verbunden, die ebenfalls an
24 Bedeutung gewinnen.

25

26 Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn sind in Deutschland die Englisch- und
27 sonstigen Fremdsprachenkenntnisse unterentwickelt. Deshalb wird die FDP forcieren, dass
28 unser Land binnen eines Jahrzehnts in der Breite an beispielsweise die skandinavischen
29 Länder aufschließt. Mit einem weiterführenden Schulabschluss müssen entsprechende
30 Kenntnisse verfügbar sein – ob dafür ein frühzeitiger Beginn oder eine später einsetzende und
31 intensive Vermittlung bessere Ergebnisse verspricht, muss anhand der verfügbaren
32 Praxiserfahrungen evaluiert werden. Auch im Rahmen der späteren beruflichen Weiterbildung
33 oder im Senioren-Studium spielt Englisch eine große Rolle. Ziel der FDP ist es, die besten und
34 pädagogisch erfolgreichsten Lösungen zu stärken.

35

36 **These 10:**

37 **Öffentliche und private Investitionen in Bildung sind Zukunftsinvestitionen.**

38

39 Investitionen in Bildung haben eine hohe individuelle und soziale Rendite: Der Einzelne erzielt
40 höhere Einkommen, kann am kulturellen und gesellschaftlichen Leben verstärkt teilnehmen
41 und ist weniger häufig und lange von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Innovations- und

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Zeile

1 Wachstumskraft der Volkswirtschaft wird gestärkt, perspektivisch werden die Sozialkosten
2 gesenkt.

3
4 Im internationalen Vergleich gibt Deutschland gemessen an der Wirtschaftskraft immer noch
5 weniger für Bildung aus als der OECD-Durchschnitt. Deshalb bekräftigt die FDP auch in Zeiten
6 notwendiger Haushaltskonsolidierung ihre finanzielle Priorität für Bildung: Bis zum Jahr 2013
7 werden wir die Bildungsausgaben des Bundes um 12 Milliarden Euro steigern - so stark wie
8 nie zuvor. Unser Ziel ist es, dass Deutschland bis zum Jahr 2015 zehn Prozent seiner
9 Wirtschaftsleistung für Bildung und Forschung einsetzt. An vielen Stellen erlaubt der
10 demographische Wandel zudem, das pro Kopf zur Verfügung stehende öffentliche
11 Bildungsbudget zu erhöhen und so die jahrzehntelange Unterfinanzierung von Bildung in
12 Deutschland zu beenden.

13
14 Im Grundgesetz ist seit der letzten Föderalismusreform ein „Kooperationsverbot“ von Bund
15 und Ländern festgeschrieben, um die exklusive Zuständigkeit der Länder für die
16 Bildungsfinanzierung zu fixieren und Mischfinanzierungen auszuschließen. Zugleich sind die
17 Länder durch die Schuldenbremse in den kommenden Jahren aber zu massiven
18 Sparmaßnahmen gezwungen. Damit die Schuldenbremse nicht zu einer Bildungsbremse wird,
19 will die FDP handeln.

Alternative 1

Die FDP nimmt vor diesem Hintergrund die Forderung vieler Stimmen aus Wissenschaft, Verbänden und Praxis ernst, die wieder eine projektbezogene Beteiligung des Bundes an drängenden bildungspolitischen Sondervorhaben fordern. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau von qualitativollen Ganztagschulen oder die Inklusion behinderter Kinder und Jugendlicher.

Die FDP will das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben, um begrenzte und übergreifende Vorhaben im Schulerschluss zwischen Bund und Ländern vorantreiben zu können.

Die alternativ diskutierte pauschale Übertragung von Finanzmitteln des Bundes an Länder und Kommunen könnte nicht für Bildungsaufgaben

Alternative 2

Die Bundesrepublik braucht endlich eine Reform der Bildungsfinanzierung. Für die FDP ist es ein ordnungspolitischer Irrweg, noch mehr Mischzuständigkeiten und Mischfinanzierungen zu schaffen, statt diese konsequent abzubauen.

Stattdessen fordern wir zum Beispiel eine 100%-Finanzierung beim BAföG durch den Bund, ein Sofortprogramm zur besseren Finanzausstattung von Schulfördervereinen und einen höheren Anteil aus dem bestehenden Mehrwertsteueraufkommen für Länder, Städte und Gemeinden. Hier kann der Bund sofort handeln und seiner Verantwortung gerecht werden.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 11

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 reserviert werden.

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26 Wir wollen darüber hinaus Anreize schaffen, die privaten Bildungsausgaben zu steigern.
27 Deshalb hält die FDP prinzipiell am im Koalitionsvertrag formulierten Modell des
28 Bildungssparens in Form von Zukunftskonten fest. Damit würde dem Umstand Rechnung
29 getragen werden, dass schon heute viele Eltern, Großeltern oder Paten für die Zukunft ihrer
30 Kinder vorsorgen wollen.

31

32 Generell gilt für uns: Je früher in der Bildungsbiographie, desto höher muss der öffentliche
33 Finanzierungsanteil sein. Die Sicherung der Qualität hat für uns dabei aber Vorrang vor der
34 Freistellung von Beiträgen zum Beispiel für den Besuch der Kindertagesstätte. Vor allem in
35 der Hochschulbildung, die den höchsten individuellen Nutzen verspricht, ist für Liberale ein
36 Beitrag der Studierenden dann legitim und fair, wenn ein nachgelagertes Finanzierungsmodell
37 finanzielle Hürden nimmt und das Aufkommen den Hochschulen zur Verbesserung der Lehre
38 zur Verfügung steht.

39

40 Stiftungsrecht, Erbrecht und Steuerrecht wollen wir so verändern, dass es für Privatpersonen
41 und Unternehmen attraktiver wird, Bildungsaufgaben zu unterstützen.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 12

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

1 Wir sind auch für faire Finanzierungsmodelle für Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft.
2 Denn im Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Trägern sieht die FDP den Garant für
3 Vielfalt, Wahlfreiheit und die Entwicklung neuer pädagogischer Konzepte.
4

5 **These 11:**

6 **Naturwissenschaften und Technik sind so wichtig wie Kultur und Geist.**
7

8 Viele neue Produkte oder technische Entwicklungen, die unsere Gesellschaft verändert haben
9 und heute im Alltag für alle selbstverständlich sind, haben ihren Ursprung in Mathematik,
10 Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT-Bereich). Trotzdem haben die MINT-Fächer
11 heute für viele Jugendliche und Studierende an Attraktivität verloren – obwohl die Nachfrage
12 nach Ingenieuren, Mathematikern und Naturwissenschaftlern aufgrund des demographischen
13 Wandels in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen wird. Gegenwärtig fehlen Deutschland
14 bereits rund 50.000 Ingenieure.
15

16 Die Zukunft Deutschlands als global wettbewerbsfähiger Industrienation hängt davon ab,
17 mehr Nachwuchs für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich zu gewinnen. Dazu ist es
18 zum einen nötig, dem Lehrermangel in diesem Feld zu begegnen – gegenwärtig fehlen etwa
19 20.000 Lehrer, vor allem in Mathematik. Die FDP begrüßt, dass die School of Education unter
20 dem Dach der Universität München sich als erste Fakultät in Deutschland ganz der Aus- und
21 Weiterbildung von Lehrkräften in den MINT-Fächern gewidmet hat. Sie hat für uns
22 Vorbildcharakter. Wir erwarten von entsprechend gebildeten Lehrkräften qualifizierten und
23 interessanten Unterricht, der Jugendliche für die Wahl einer entsprechenden Disziplin
24 begeistern kann.
25

26 Das Interesse an naturwissenschaftlichen Phänomenen und technischen Anwendungen kann
27 bereits bei Kindern geweckt werden. Deshalb unterstützt die schwarz-gelbe Bundesregierung
28 zum Beispiel das Projekt „Haus der kleinen Forscher“.
29

30 Damit die hohe Abbrecherquote in den MINT-Studiengängen gesenkt wird, sollten
31 Studierende von ihren Hochschulen besonders intensiv durch Tutorien und vergleichbare
32 Maßnahmen unterstützt werden. Es sollte auch verstärkt um weibliche Studierende geworben
33 werden, die trotz hervorragender Eignung immer noch andere Fächer vorziehen.
34

35
36

37 **These 12:**

38 **Deutschland braucht den Bildungspakt der Generationen.**
39

40 Bereits heute haben viele ältere Menschen keine Kinder oder Enkel – oder die Familien
41 wohnen weit voneinander entfernt. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Senioren verfügen über
42 Erfahrungen, Werte und Wissen. Eine wachsende Zahl nimmt ein Altersstudium auf. Ihr

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Zeile

1 Engagement ist ein Potenzial für die lernende Gesellschaft. Die FDP unterstützt deshalb
2 ehrenamtliche Projekte, in denen ältere Menschen beispielsweise im Rahmen von
3 Bildungspatenschaften Kinder und Jugendliche begleiten und unterstützen.

4 Der verkürzte Bildungsweg zum Abitur, die Aufhebung der Wehrpflicht sowie die Bachelor-
5 und Master-Studiengänge führen dazu, dass Berufseinsteiger zukünftig deutlich jünger sein
6 werden. Gleichzeitig werden durch den demographischen Wandel Erwerbstätigkeit und
7 berufliche Weiterbildung in der zweiten Lebenshälfte unverzichtbar. Wir befürworten deshalb
8 auch Projekte der beruflichen Weiterbildung, in denen die Generationen voneinander lernen.

9

10 **These 13:**

11 **Deutschland muss eine lernende Gesellschaft werden.**

12

13 In der beschleunigten Wissensgesellschaft wächst die Bedeutung des lebenslangen Lernens
14 für die persönliche Entwicklung des einzelnen Bürgers ebenso wie für die
15 Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und letztlich unserer Gesellschaft insgesamt.
16 Berufliche Weiterbildung ist entsprechend individuelle Verantwortung und
17 gesamtgesellschaftliche Aufgabe zugleich.

18

19 Weil Bildung alle angeht, dürfen wir Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen heute nicht
20 mehr nur als formale Lernorte verstehen, sondern müssen sie auch als Orte der
21 gesellschaftlichen Integration und Weiterbildung begreifen. Entsprechend fordern und
22 begrüßen wir zum Beispiel „Summerschools“ von Hochschulen, die in der vorlesungsfreien
23 Zeit durchgeführt werden und einem breiten Interessentenkreis offen stehen. So lassen sich
24 Kontakte zwischen Studieninteressierten, Studierenden und Alumnis knüpfen sowie
25 zusätzliche Einnahmen erzielen. Bislang bedienen sich vorwiegend private Hochschulen dieser
26 Möglichkeit, für die wir auch öffentliche Hochschulen gewinnen wollen.

27

28 Auch in Vereinen, der Jugend- und Seniorenarbeit sowie der individuellen Freizeitgestaltung
29 jedes Einzelnen liegen Potenziale zur informellen Weiterbildung und Förderung des
30 Bildungsgedankens in der Gesellschaft, die wir erschließen wollen. Kindertagesstätten,
31 Schulen und Hochschulen müssen verstärkt mit diesen Partnern kooperieren.
32 Ganztagschulen etwa eröffnen die Möglichkeit der Kooperation mit Musikschulen, Vereinen
33 oder der Jugendhilfe. Gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus können von
34 solchen Angeboten profitieren. Elternhäuser, die ohnehin schon auf das reichhaltige Angebot
35 von Sportvereinen oder Musikschulen zugreifen, werden durch solche Kooperationen
36 wesentlich entlastet, da Planung und Anfahrten entfallen.

37

38 **Die lernende Gesellschaft – unser Gesprächsangebot**

39

40 In Kommunen, Ländern und im Bund orientieren wir uns an diesen Thesen liberaler
41 Bildungspolitik. Sie sind kein abschließendes Programm, sondern unser Gesprächsangebot an

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 14

ANTRAG NR. **L 3**

Zeile

- 1 Eltern, Schüler, Studierende, Lehrer, Lehrende, Professoren, Erzieher, Ausbilder, Wissenschaft
2 und Wirtschaft und alle anderen, die uns auf diesem Weg begleiten wollen.
3
4 Die FDP will Bildung über den Tag und die aktuellen Anforderungen hinaus weiter denken. Wir
5 wollen unseren Anspruch als Bildungspartei neu begründen und vertiefen. Deshalb stehen wir
6 in der Verantwortung, zu neuen Fragen den Dialog zu eröffnen, unsere bisherigen Antworten
7 zu prüfen – und in Regierungen und Parlamenten die Priorität für Bildungsaufgaben zu
8 verteidigen.
9
10 Deutschland kann und soll sich wieder einen Ruf als führende Bildungsnation erarbeiten, der
11 mit messbaren Leistungen begründet werden kann – und mit der spürbaren Freude am
12 lebenslangen Lernen in einer lernenden Gesellschaft. Das ist unsere Vision.